

DER GRÜNE SAARLOUISER KURIER

GRÜNE INFORMATIONEN FÜR DEN STADTVERBAND SAARLOUIS

www.gruene-saarlouis.de | Ausgabe 1 - 2014



VOGELSANGSCHULE:

Nach endlosen Verzögerungen wird jetzt die Sanierung angegangen.

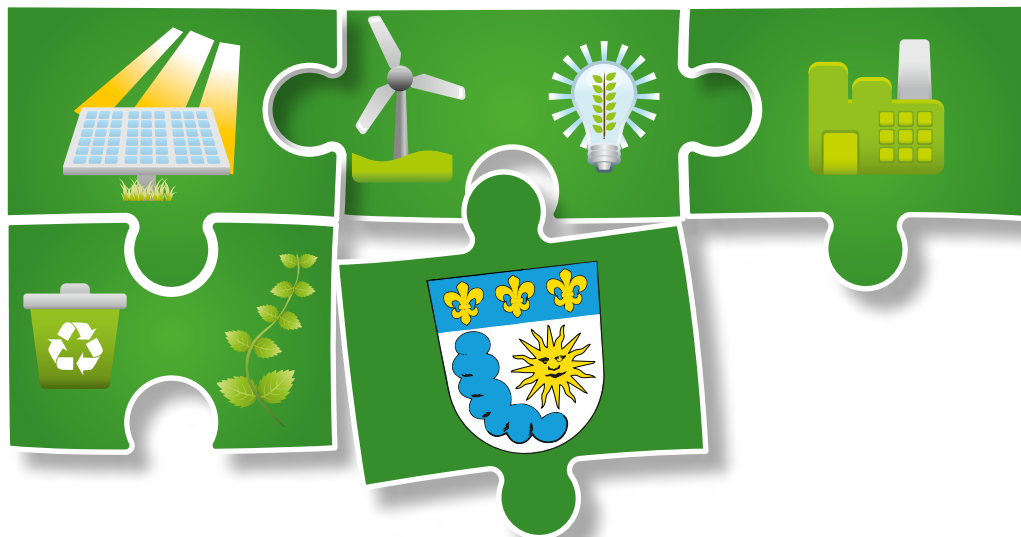


Der Weg zur Sanierung der Vogelsangschule war kein einfacher. Jahrelang mussten die Grünen im Stadtrat über Anträge und Anfragen auf die Mängel in der Bausubstanz des Schulgebäudes hinweisen.

Schimmel, fehlender Brandschutz und marode Bausubstanz machten der Schulleitung und den Eltern berechtigte Sorgen. Die Verwaltung musste, wenn es um die Vogelsangschule ging, stets zum Jagen getragen werden.

Jetzt aber ist der Weg frei, die Grund- und Ganztagschule zu sanieren. Im Sommer 2013 wurde der Beschluss zu einer Grundsanierung gefasst und die hierfür nötigen Mittel in den städtischen Haushalt 2013/2014 eingestellt. Diesmal stimmte dann auch die SPD zu, die in den vergangenen Jahren stets den städtischen Haushalt und die darin enthaltenen Mittel für die Vogelsangschule abgelehnt hatte.

Eine Initiative der Grünen



Saarlouis bekommt ein Klimaschutzkonzept

Viel ist davon noch nicht zu bemerken, es sei denn man fährt zum Skilaufen in die bayerischen Alpen oder zum Sightseeing in die Arktis. Oder aber man verfolgt langfristige Wetterdaten für unsere Region.

Der Winter kommt, wenn überhaupt, immer später, die Sommer sind immer häufiger entweder verregnet oder aber tropisch schwül. Darüber mag mancher schmunzeln, viele mögen es nicht ernst nehmen – aber es sind die Vorboten eines Phänomens, das uns und vor allem die kommenden Generationen treffen wird. Der Klimawandel ist in vollem Gange, das ist unbestritten. Auch dass der Mensch seinen Anteil daran hat, bestreitet mittlerweile niemand mehr. Vor allem die Industrieländer sind aufgefordert ihren

Energieverbrauch zu reduzieren und auf umweltfreundliche Verfahren umzusteigen. Diese Forderung betrifft uns alle und sie berührt alle Bereiche unseres Alltags. Vor allem die Politik ist jetzt gefordert.

Durch die Energiewende wurden 2011 viele Hoffnungen geweckt – im Jahre 2014 ist der Energieträger Nummer 1 in Deutschland jedoch ein Klimakiller: Die Braunkohle

Sie muss nicht nur die Rahmenbedingungen für den Klimaschutz vorgeben, sie muss auch mit gutem Beispiel vorangehen. Auch die Städte und Gemeinden sind hier gefordert. Die Stadtverwaltung Saarlouis hat deshalb auf Initiative der Grünen ein Klimaschutzkonzept erstellen lassen. Es umfasst

neben den Bereichen Energieeinsparung, Ausbau der Erneuerbaren Energien auch den Bereich der umweltfreundlichen Mobilität. Alles Bereiche in denen Saarlouis im Vergleich zu anderen Städten im Saarland massiv zurückgefallen ist. Das Saarlouiser Klimaschutzkonzept sieht aber auch eine Vorbildfunktion für die Stadtverwaltung selbst und die städtischen Gesellschaften vor. Die Einsparpotenziale für Energie etwa durch die Umrüstung der Straßenbeleuchtung, oder aber durch die energetische Sanierung von städtischen Liegenschaften sind bisher bis auf Ausnahmen ungenutzt geblieben. Dass soll sich jetzt ändern. Auch das vollkommene Fehlen von Solaranlagen auf städtischen Dächern soll bald ein Ende haben.

weiter Seite 2



HENZ: OSTRING, ALLES KAPPES!

> Seite 2



GRÜNE IM KREISTAG lehnen Haushalt ab!

> Seite 3

Saarlouis bekommt
ein **Klimaschutzkonzept!**

FORTSETZUNG

Eine ebenfalls von den Grünen beauftragte Studie zur Nutzung der Solarenergie wird der Anstoß für eine Änderung dieses landesweit belächelten Zustandes sein. Dabei trägt die Stadt des Sonnenkönigs die Sonne in ihrem Wappen. Ein ideales Markenzeichen für eine (nicht nur heimliche) Hauptstadt der Solarenergie.

Viel Geld hat die Stadt allerdings schon verloren, das regionale Handwerk, das von der Einführung der Solartechnik hätte profitieren können, im übrigen auch. Erst jetzt kann über die Festsetzungen und Beschlüsse des Stadtrates der Ausbau der Erneuerbaren über das Klimaschutzkonzept vorangetrieben werden. Saarlouis, so schätzen die Grünen, hat in Sachen Klimaschutz mindestens 10 Jahre verloren. Beim Klimaschutz muss in Saarlouis die Ratsmehrheit den Oberbürgermeister stets zum Jagen tragen. Ein mühsames Geschäft.

Schon jetzt gilt: Wer heute nicht in den ökologischen Umbau und in die energetische Sanierung investiert, der schafft die Arbeitslosigkeit von morgen, auch im industriellen Bereich.

Während in anderen Kommunen die Verwaltungschefs die ökologische Modernisierung ihrer Stadt zur Chefsache machen, fremdeln die Saarlouiser Sozialdemokraten unter Henz sichtlich mit den neuen Techniken. Traditionell der Produktion und dem Verkauf möglichst großer Energiemengen verpflichtet, tun sich Teile der früheren Kohle-Partei schwer mit Energieeffizienz, Smart-Metering, Solar- und Windanlagen. Denen gehört allerdings die Zukunft. Auch wirtschaftlich. Schon jetzt gilt: Wer heute nicht in den ökologischen Umbau und in die energetische Sanierung investiert, der schafft die Arbeitslosigkeit von morgen, auch im industriellen Bereich. Das integrierte Klimaschutzkonzept für Saarlouiser bietet auch für diese Zielvorstellung eine erste Grundlage. Es ist gewiss nur ein kleines Puzzleteil im großen Entwurf einer großen gemeinsamen Anstrengung, unseren Kindern und Kindeskindern einen bewohnbaren Planeten zu hinterlassen. Aber es ist immerhin eines.

HENZ: OSTRING, ALLES KAPPES!



Gegen die Pläne der Saarlouiser Mehrheitskoalition für einen schnellen Ostringausbau hat der Saarlouiser Oberbürgermeister Henz offenbar Bedenken.

Während Henz die Umgehungsstraße zwischen Fraulautern und Ensdorf gerne als Bundesstraße bauen lassen will, drücken Grüne, CDU und FDP aufs Tempo. Sie beauftragten die Henz'sche Stadtverwaltung noch im November 2013 mit Planungen und Kostenermittlungen für den Straßenbau zu beginnen.

Hintergrund: Die Anmeldung des Ostrings als Bundesstraße im Bundesverkehrswegeplan würde den Bau um mindestens 10 Jahre

verzögern. Ein Bau als kommunale Straße kann hingegen noch in diesem Jahr angegangen werden. Beim Neujahrsempfang der Stadt machte Henz seinem Ärger über die schnelle politische Entscheidung des Stadtrates Luft: „**Alles Kappes, was andere über den Ostring sagen**“, rief er den Besuchern im Fraulauterner Vereinshaus zu. **Dazu der Grüne Fraktionschef Gabriel Mahren:** „Henz hatte 10 Jahre Zeit den Ostring zu bauen, wir werden nicht noch weitere 10 Jahre warten!“ Bester Beweis für die Henz'sche Fehleinschätzung ist die Verlängerung der B 51 neu an Roden vorbei. Sie ist seit Anfang der 90er Jahre im Bundesverkehrswegeplan und seit mehreren Jahren im vordringlichen Bedarf. Baubeginn wird frühestens 2015.

Theater am Ring: Suchbild



FINDEN SIE DEN UNTERSCHIED?

Was hat sich verändert? Aufnahme vom Oktober 2013 (links) Aufnahme vom Januar 2014 (rechts) ... Viele Saarlouiserinnen und Saarlouiser fragen sich, warum es bei der Sanierung und Neugestaltung des Theaters am Ring nicht voran geht. Das uns von der alten SPD dominierten Verwaltungsspitze hinterlassene Bauprojekt sieht momentan eher wie eine Ruine aus. Schon jetzt wagen viele den Termin zur Wiedereröffnung im Jahre 2015 zu bezweifeln.

Grüne im Kreistag lehnen Haushalt ab

GELD ZUM FENSTER HINAUS GESCHMISSEN

In der Dezembersitzung des Kreistags Saarlouis lehnten die Grünen den von Landrat Lauer vorgelegten Haushalt ab, da dieser keine Akzente in Richtung Sparsamkeit, Innovation und Effizienzsteuerung setzt. Allein der Ergebnishaushalt hat ein Steigerungsvolumen von 5,4 Millionen, was auf ansteigende Ausgaben im Bereich der Jugendhilfe sowie steigende Personalausgaben zurückzuführen ist.

Dies führt unter anderem dazu, dass wieder einmal die Städte und Gemeinden des Landkreises durch Zahlung der Kreisumlage stark belastet werden. Bis auf die Stadt Dillingen müssen alle Kommunen im Landkreis im Vergleich zum Vorjahr zwischen 2 und 10 Prozent mehr an den Kreis bezahlen.

Der Grünen Fraktionsvorsitzende Klaus Kessler kritisierte in seiner Haushaltsrede zahlreiche Versäumnisse des Landrates und ebenso die vasallenhafte Gefolgschaft von SPD und CDU auch bei problematischen Entscheidungen. „Der Landrat muss sich den Vorwurf gefallen lassen, bis heute die Hausaufgaben nicht vollständig gemacht zu haben“, sagte Klaus Kessler mit Blick auf zahlreiche Versäumnisse, die er anprangerte.

Dazu gehört die fehlende Umsetzung eines Ökoaudits in der Verwaltung, der Verzicht auf Ökostrom, keine Umsetzung des anonymen Bewerbungsverfahrens, mangelnde Aktivitäten in Richtung Fair-Trade-Landkreis und insgesamt wenig Bereitschaft im Landkreis eine stärkere koordinierende und steuernde Rolle bei der interkommunalen Zusammenarbeit zu übernehmen.

Forderungen der Grünen, in Richtung Einsparungen im Personalhaushalt vorzunehmen, nachdem der Stellenplan in den letzten zwei Jahren um 24 zusätzliche Stellen ausgeweitet worden ist, wurden von der großen Koalition ebenso abgelehnt wie die Einrichtung eines Kita-Navigators für die Eltern zur Erleichterung der Krippenplatzsuche im Landkreis. Aus Sicht des Landrates, dessen Sichtweise grundsätzlich die auch von SPD und CDU ist, sind weder Personaleinsparungen notwendig noch besteht ein Bedarf an besserem Elternservice bei der Kita-Platzsuche. Stattdessen gibt der Landkreis 100.000 Euro Eigenmittel für ein zweifel-

haftes Gutachten zur Organisationsreform aus – laut Kessler „rausgeschmissenes Geld“, zumal der Landrat längst eine Änderung in der Verwaltungsorganisation vorgenommen hat.

Als Fazit bleibt: Die Große Koalition und Landrat Lauer setzen beim diesjährigen Haushalt die falschen Akzente, statt zu sparen wird der Stellenplan ausgeweitet, Geld wird für eine überflüssige Organisationsuntersuchung ausgegeben, eine Serviceverbesserung für Eltern durch Einrichtung eines Kita-Navigators wird abgelehnt und noch nicht einmal geprüft. Im Gegensatz zu den Grünen wissen offensichtlich der Landrat und die Große Koalition stets, was richtig, wichtig und gut für den Landkreis ist. Ob das auch die Bürgerinnen und Bürgerinnen im Landkreis so sehen, bleibt zumindest zweifelhaft.

haftes Gutachten zur Organisationsreform aus – laut Kessler „rausgeschmissenes Geld“, zumal der Landrat längst eine Änderung in der Verwaltungsorganisation vorgenommen hat.

SOZIALKAUFHAUS:

SPD VERABSCHIEDET RESOLUTION GEGEN SICH SELBST



Nach der Einstellung des bundesweiten Modellprojektes Bürgerarbeit zählt das Saarlouiser Sozialkaufhaus zu den betroffenen Einrichtungen. Insgesamt 12 Mitarbeiter verlieren dort ihre Arbeit, die Einrichtung selbst muss ihre Öffnungszeiten reduzieren.

Nachdem Grünen-Fraktionsvorsitzender Gabriel Mahren die Saarlouiser Stadtverwaltung scharf angegriffen hatte, weil sie es nicht für nötig gehalten hatte, den Stadtrat zu informieren und mit ihm über Lösungen und Hilfsmöglichkeiten zu diskutieren, wurde er vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Demmer als „Dilettant“ beschimpft. Der Beschimpfte, von Beruf Sozialpädagoge und als ehemaliger Jugenddezernent maßgeblich an der Schaffung von ähnlichen Projekten beteiligt, nahm die Anwürfe des Sozialdemokraten gelassen. „Der Kollege meint das nicht so, vermutlich ist er nur sauer auf die eigene Partei“, wiegelte der Grüne ab. Es war nämlich die SPD, die offenbar bei den Verhandlungen zu einer Großen Koalition in Berlin nicht daran gedacht

hatte, die Bürgerarbeit als Modellprojekt zu verlängern. Ein schwerer Fehler, der sich nun für über 1500 Menschen allein im Saarland rächt. Sie stehen nach dem Auslaufen der Förderung auf der Straße. Die Saarlouiser SPD will deshalb nun eine Resolution gegen Land und Bund verabschieden. Die dortigen Regierungen sollen „die Einstellung des Programms Bürgerarbeit ... überdenken und aufgeben!“ heißt es darin forsch. Die dortigen Regierungen sind allerdings Große Koalitionen aus SPD und CDU. „Die Grünen jedenfalls werden der Resolution der SPD gegen sich selbst gerne zustimmen“, erklärte Mahren gegenüber der Presse, „wo die SPD recht hat, hat sie recht!“ Darüber hinaus will die Stadtratsfraktion ausloten, wie der Betrieb des Sozialkaufhauses in Saarlouis aufrecht erhalten werden kann und welche Möglichkeiten der Wiederbeschäftigung den Betroffenen noch verbleiben. Die Grünen-Fraktion im saarländischen Landtag hatte zudem beantragt, die Landesregierung solle einen Vorstoß im Bundesrat unternehmen, um die Bürgerarbeit wieder einzuführen. In der entsprechenden Landtagssitzung lehnte die Große Koalition den Grünen-Antrag zwar ab. Die zuständige neue Landeswirtschaftsministerin Rehlinger (SPD) versprach jedoch die Bitte an die zuständige neue Bundesarbeitsministerin Nahles (SPD) weiterzuleiten. Ob das hilft? Man darf es bezweifeln.

JUGENDPOLITIK

SAARLOUIS BEKOMMT SCHLECHTE NOTEN

Zeugnisse gab es vor ein paar Wochen für die alte Saarlouiser Verwaltungsspitze. Die saarlandweite Aktion „Ding Dein Dorf“ in der Jugendliche zu ihren Städten und Gemeinden befragt wurden zeitigte eine markante Verschlechterung der Werte für die Kreisstadt.

Die Gesamtnote in Sachen Jugendfreundlichkeit fiel von 2,7 im Jahre 2008 auf 3,4 in 2013. Damit gehört Saarlouis zu den jugendunfreundlichsten Kommunen im Land.

Die befragten Saarlouiser Jugendlichen beklagten vor allem die schlechten Partizipationsmöglichkeiten, zum Teil nicht mehr zeitgemäße Angebote und schlechte Treffmöglichkeiten. Kein Wunder sagen die Grünen: „Sämtliche Gelder für eine moderne Jugendarbeit wurden in ein Jugendzentrum im Erdgeschoss eines Parkhauses (!) gesteckt – das kostet die Stadt innerhalb von 20 Jahren 12,5 Millionen Euro an Pacht. Das rächt sich jetzt, weil das Geld für dezentrale jugendpolitische Ansätze fehlt! Die braucht man aber um Jugendliche aus allen Stadtteilen anzusprechen und mit modernen Angeboten zu versorgen.“

SCHAMHAFT VERSTECKT ...

So sieht die Energiewende in Saarlouis aus. Die von den Grünen nach Saarlouis geholten Elektromobile werden von der Verwaltung „schamhaft“ hinter C&A versteckt und nach unseren Informationen auch nicht ein einziges mal von einem Kunden genutzt.

Dabei wurden die beiden Fahrzeuge und die dazugehörigen Ladestationen (auch am Bahnhof) der Stadt kostenlos zur Verfügung gestellt. Selbst das Argument, dass FORD in Saarlouis mit der Serienproduktion von Elektromobilen begonnen hat, konnte Roland Henz nicht dazu bewegen, die beiden Autos an prominenterer Stelle zu platzieren, bspw. auf dem Großen Markt. Es genügt ihm offenbar, im Wahlkampf ein bisschen auf Öko zu machen.

Auch die Bilanz in Sachen erneuerbarer Energien sieht für Saarlouis verheerend aus. Erst jetzt zwingt eine von den Grünen eingeholte Studie den Saarlouiser OB zum Handeln, denn in der kann er nachlesen, was denn in Saarlouis möglich wäre, wenn er nur wollte:



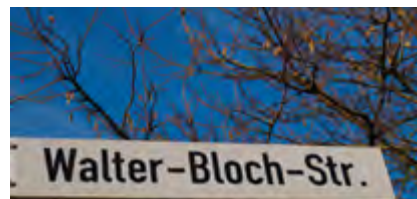
Photovoltaik, Bürgerkraftwerke, Biogasanlagen – alles Dinge, die man in unserer Nachbarstadt Dillingen (und nicht nur dort) schon besichtigen kann.

Die grüne Stadtratsfraktion wird zusammen mit ihren Koalitionspartnern einzelne Projekte der Studie im Stadtrat zur Abstimmung stellen. Ein mühseliges Verfahren, über das in anderen Kommunen nur geschmunzelt wird. Dort nämlich treiben die Verwaltungen den Ausbau der Erneuerbaren voran, entlasten den Stadtsäckel durch Fördereinnahmen und leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz.

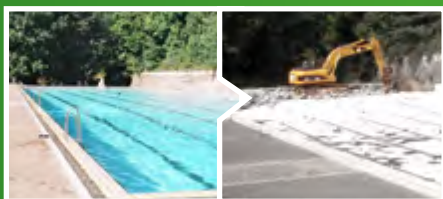
WALTER BLOCH

Auf Initiative der Grünen wurde eine Straße nach Walter Bloch benannt.

Bloch war der erste demokratisch gewählte Bürgermeister der Stadt Saarlouis nach dem 2. Weltkrieg. Bloch, jüdischen Glaubens, musste 1935 emigrieren und kam 1945 in seine total zerstörte Heimatstadt zurück. Nach den ersten Kommunalwahlen 1947 wurde er Bürgermeister der Stadt, nachdem er diese Funktion schon 1946 kommissarisch inne hatte. Mit seinem Namen sind die Anfänge des Wiederaufbaus unserer Stadt verbunden.



THEMA STADTGARTENBAD



2004 Wahlkampfaussage der SPD zum Erhalt des Bades „Ohne Wenn und Aber“

2005 Schließung des Bades mit Zustimmung der SPD

2008 war die SPD für den Abriss des Stadtgartenbades mitverantwortlich

2011 Kampagne der SPD gegen den Neubau

2011 Beschluss des Stadtrats zum Neubau des Stadtgartenbades

2013 Dank SPD fehlen Millionen zum Bau des Freibades

LIEBE SPD, WO SIND DIE MILLIONEN GEBLIEBEN?

Statt die Grünen zu verleumden und ihnen Wahlbetrug vorzuwerfen, sollte die SPD den Bürgerinnen und Bürgern lieber erklären, was sie mit den Geldern der Wirtschaftsbetriebe gemacht hat, die für einen Neubau des Stadtgartenbades zur Verfügung gestanden hätten. Die fehlen jetzt aufgrund von überkauften Renommierprojekten wie dem Saunabau, für den offenbar Gelder am Aufsichtsrat vorbei verausgabt wurden.

Zusätzlich wurden unter SPD Führung der Wirtschaftsbetriebe Millionen zuviel an Steuern bezahlt, weil Vorgaben des Finanzamtes nicht nachgekommen wurde.

Jetzt sind die Kassen leer, das Geld für einen Neubau des Stadtgartenbades wurde von der SPD aus dem Fenster geworfen!

Die Grünen werden das Stadtgartenbad nicht aufgeben und weiter für den Neubau kämpfen. Das jetzt beschlossene Moratorium ist die einzige noch verbliebene Chance das Bad zu bauen. Es muss Zeit gewonnen werden, die Finanzierung zu sichern.

Den Grünen in diesem Zusammenhang Wahlbetrug vorzuwerfen, ist eine bodenlose Frechheit und ein leicht durchschaubares, billiges Manöver, um sich vor der eigenen Verantwortung zu drücken.

